

## **Protokoll:**

Rm Mehlbreuer (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) nimmt gemäß § 22 der Gemeindeordnung nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen regt an, eine zeitliche Befristung des Verzichts der Gebühren mit aufzunehmen oder den Hinweis der Gebühren für Ladesäulen wegzulassen, da es sonst zu Verwirrungen kommen könne. Die Verwaltung erklärt, die Gebühr solle in der Satzung verankert werden. Es wird eine Frist mit der Dauer von zwei Jahren vorgeschlagen. Es sei beabsichtigt folgenden Vermerk in die Satzung aufzunehmen: „Erhebung zunächst ausgesetzt bis ...“. Nach Ablauf der Frist könne geprüft werden, ob diese verlängert wird oder die Aussetzung automatisch beendet wird. Diese Änderung wird bis zur Ratssitzung eingepflegt.

Die CDU-Fraktion bittet darum, nur die Mindestgebühr zu erheben. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass der Aufwand in Rechnung gestellt werden müsse. Dies werde aber mit sehr viel Augenmaß vorgenommen.